



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 12. Mai 2017

Protokoll

über die 2. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 06.02.2017
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	21:53 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

CDU-Fraktion

Eichenlaub, Günter

Fricke, Dietmar

Glier, Andreas

Großer, Elke

Stellv. Vorsitzende Kreistag

Hantelmann, Klaus

Kanter, Heike

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Vorsitzender CDU

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe

Stellver. Landrat

Wolff, Michael

ab TOP 6.1

AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Heid, Klaus-Dieter

Nieder, Achim

Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

Wolfrum, Manfred Dr.

GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger

Vorsitzender GRÜNE

Dette, Ehrhard
Gerndt, Reinhard Dr.
Nagel, Hilmar

Stellv. Vorsitzender Kreistag

DIE LINKE-Fraktion

Schulz, Hartmut
Stoppok, Arnfred

Vorsitzender DIE LINKE

GRÜNE-Fraktion

Wagner-Judith, Christiane

Stellver. Landrätin

FDP-Fraktion

Fach, Thomas
Försterling, Björn

Vorsitzender FDP

SPD-Fraktion

Albinus, Martin
Bosse, Marcus
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Eichenlaub, Joachim
Fahlbusch, Susanne
Ganzauer, Oliver
Hausmann, Michael
Hensel, Falk
Jakob, Thomas
Keye, Bernfried
Koch, Harald
Märtens, Julian
Meyn, Lennie
Münch, Janna
Naumann, Ruth
Resch-Hoppstock, Sabine

Vorsitzender Kreistag

bis TOP 29

Vorsitzender SPD

Stellver. Landrat

Von der Verwaltung

Hortig, Martin Dezernent
Klooth, Kathrin
Schillmann, Claus-Jürgen
Löb, Susanne
Vogt, Kornelia
Eidam, Julia

Erster Kreisrat
Kreisverwaltungsdirektorin
Leitender Baudirektor
Gleichstellungsbeauftragte
Pressesprecherin

Es fehlen:

CDU-Fraktion

von Veltheim, Alexander

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
4. Umbesetzung /Nachbesetzung der Ausschüsse
5. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 14.11.2016
6. Anfragen
 - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
 - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
7. Anträge (§ 4f GO)
 - 7.1. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion;
hier: Pilotprojekt zum Thema Mobilticket
Vorlage: XVIII-0056/2016
 - 7.2. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und GRÜNE;
hier: Änderung der "Betriebssatzung für den Eigenbetrieb BIZ LK Wolfenbüttel"
Vorlage: XVIII-0057/2016
 - 7.3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion;
hier: Machbarkeitsberechnung Oberschule am Standort Schladen
Vorlage: XVIII-0074/2017
 - 7.4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion;
hier: Erweiterung des Arbeitsauftrages der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung
Vorlage: XVIII-0076/2017
8. Beschluss über den Haushalt 2017 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0043/2016
9. Beratung und Bewilligung der Kulturzuwendungen 2017 des Landkreises unter Mitwirkung von Kultursachverständigen
Vorlage: XVIII-0047/2016
10. Besetzung des Ausschusses für Schule und Sport
Vorlage: XVIII-0054/2016
11. Vorstellung der Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße sowie Anpassung des Investitionsbedarfes nach Vorliegen der Kostenschätzungen der Objektplaner
Vorlage: XVIII-0050/2016
12. Weiterführung des Schulkostenfonds
Vorlage: XVIII-0006/2016
13. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Oker- und Eckertal in den Landkreisen Goslar und Wolfenbüttel" (NSG BR 43) - Sicherung Natura 2000-Gebiet
Vorlage: XVIII-0025/2016
14. Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0044/2016
15. Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel

Vorlage: XVIII-0052/2016/1

16. Quartalsbericht III/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0046/2016
17. Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0049/2016
18. Beschluss über den Gesamtabchluss 2012 des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0021/2016
19. Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen
Vorlage: XVIII-0037/2016
20. Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: XVIII-0038/2016
21. Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz im Landkreis
Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0039/2016
22. Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Salzgitter;
hier: Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit
Vorlage: XVIII-0041/2016
23. Kooperation Projekt AWO-Praktikumsbörse für jugendliche und erwachsene
Migrantinnen und Migranten
Vorlage: XVIII-0062/2016
24. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017-
Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2017
Vorlage: XVIII-0036/2016/4
25. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: XVIII-0036/2016
26. DAWI-Betrauungsakt für die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH
Vorlage: XVIII-0048/2016
27. Zuordnung der Nebentätigkeiten der Landrätin Christiana Steinbrügge
Vorlage: XVIII-0063/2016
28. Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den Kreistag
Vorlage: XVIII-0061/2016
29. Resolution zum "SuedLink"
Vorlage: XVIII-0082/2017
30. 1. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0058/2016
31. 1. Änderung zur Geschäftsordnung des XVIII.-gewählten Kreistages
Vorlage: XVIII-0060/2016
32. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4
NKomVG i.V.m. § 4i GO)
33. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 17:05 Uhr die 2. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass KAbg. von Veltheim entschuldigt fehlt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung mit verkürzter Ladefrist und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 4 Umbesetzung /Nachbesetzung der Ausschüsse

Vorsitzender Ganzauer weist auf die nachfolgenden Umbesetzung/ Nachbesetzungen hin:

- KAbg. Stoppok wird im **Ausschuss für Schule und Sport** ordentliches Mitglied und KAbg. Schulz stellvertretendes Mitglied;
- Herr Olaf Dalchow wird nicht stimmberechtigtes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung**;
- Herr Patrick Krause verzichtet auf seine Berufung als beratendes Mitglied in Sportangelegenheiten im **Ausschuss für Schule und Sport**; als Nachfolger wird Herr Malte Scheffler benannt;
- In den **Betriebsausschuss Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel** werden als nicht stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter der Bediensteten:
 - Cord Roloff, Roland Langer, Robert Furmanowski, Gunther Skrzypietz und Petra Löloff als ordentliche Mitglieder sowie
 - Toralf Leiche, Dieter Wendt, Ingo Mührs, Detlev Vetter und Isa Keyik als Ersatzmitglieder nachbenannt.

Ohne Aussprache stellt der Kreistag einstimmig die vorgenannten Umbesetzungen/ Nachbesetzungen fest.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 14.11.2016

KAbg. Pastewsky nimmt Bezug auf TOP 21 „Asse 2 Begleitgruppe; hier: Benennung von 5 Vertreterinnen und Vertretern des Kreistages für die Begleitgruppe Asse II“; Vorlage XVIII-0034/2016 und bittet um Ergänzung des Protokolls um den Redebeitrag von KAbg. Hensel, dass alle demokratischen Parteien einen Sitz in der A2B bekommen sollen.

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine weiteren Änderungswünsche vorliegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 1. Sitzung des XVIII.- gewählten Kreistages am 14.11.2016 wird unter Ergänzung des Redebeitrages von KAbg. Hensel zum TOP 21 genehmigt.

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)

Herr Langweier nimmt Bezug auf den anstehenden TOP 14 „Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel“ und stellt nachfolgende Fragen:

- Wurde bei Erstellung des Antrages bedacht, dass eine Vorverlegung der Jagdzeit dazu führe, dass die Tiere mehr Energie benötigen und mehr Jagdstress entstehe, wodurch mehr Wildschäden verursacht werden könnten?
- Liegen konkrete Zahlen aus Salzgitter und Hildesheim vor, die eine Reduzierung der Verkehrsunfälle durch die Verkürzung der Schonzeit belegen?
- Wurden andere Maßnahmen, außer der Verkürzung der Schonzeit, berücksichtigt?

Landrätin Steinbrügge und Erster Kreisrat Hortig antworten, dass andere Maßnahmen, neben der Verkürzung der Schonzeit, umgesetzt wurden und auch weiterhin umgesetzt werden. Der Jagdbeirat und der Fachausschuss haben sich umfangreich und intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Die Zahlen aus Hildesheim und Salzgitter seien geprüft und zeigen, dass eine Verkürzung der Schonzeit zu einer Reduzierung von Wildunfällen führen könne.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Oesterhelweg stellt nachfolgende Anfragen zur Barrierefreiheit.

Landrätin Steinbrügge beantwortet diese wie folgt:

1. Wie steht es um die Barrierefreiheit in den Schulen und Bildungseinrichtungen in Trägerschaft des Landkreises Wolfenbüttel?

Hinsichtlich der Barrierefreiheit in Schulen verweise ich auf die Vorlage XVII-0601/2015 und den einstimmigen Beschluss des Kreistages in der Sitzung vom 05.10.2015 zum Maßnahmenkonzept

zur Inklusion in Schulen des Landkreises Wolfenbüttel. Danach sind Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von ca. 6,8 Mio. € zur Umsetzung der Inklusion in den kreiseigenen Schulen notwendig. Der überwiegende Teil der Maßnahmen bezieht sich dabei auf die Herstellung der Barrierefreiheit.

Unter Berücksichtigung der durch gesetzliche Vorgaben und Kreistagsbeschlüsse geänderten Prioritätensetzung (Umsetzung Bau der Sekundarstufe II der IGS Wallstraße, Einrichtung IGS Schöppenstedt, Umsetzung KIP-Mittel) wird sich die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes erheblich verzögern. Eine notwendige inklusive Beschulung wird in der Zwischenzeit - in Abstimmung mit den Schulleitungen- durch vorübergehende Maßnahmen sichergestellt.

2. Wie steht es um die Barrierefreiheit in den verschiedenen Dienststellen des Landkreises Wolfenbüttel?

3. Wie steht es um die Barrierefreiheit in den übrigen Immobilien, die im Besitz des Landkreises sind bzw. vom Landkreis genutzt werden?

Die Einschätzung zur Barrierefreiheit der verschiedenen Dienststellen des Landkreises Wolfenbüttel unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte Erreichbarkeit (Parkplatzsituation, Zugang zum Gebäude), Zugang zu den Diensträumen und sanitäre Einrichtungen (Behinderten – WC) wird in der nachfolgenden Tabelle vorgestellt. Dabei sind folgende Bewertungsstufen festgelegt worden:

- ++ = vollständig gegeben
- + = mit Einschränkungen gegeben
- +/- = möglich, jedoch verbesserungswürdig
- = nicht gegeben, jedoch baulich möglich
- = nicht gegeben und nicht umsetzbar

	Barrierefreiheit Zugang/ Ausgang	Barrierefreiheit Diensträume	Barrierefreiheit sanitäre Einrichtungen	Parkplatz-situation
Hauptverwaltungsgebäude Bahnhofstraße 11	++	++	++	+/-
Sozialzentrum Harztorwall 25	++	-	-	-
Familien- und Kinderservicebüro Harztorwall 4	+	--	--	--
Straßenverkehrsabteilung Halchtersche Str. 26	++	++	++	++
Gesundheitsamt Friedrich-Wilhelm-Straße 2	+/-	-	+/-	-
Veterinärabteilung Dietrich-Bonhoeffer-Str. 8	-	--	-	+/-
BIZ Harzstraße 2-5	++	+/-	+/-	+/-
Schulreferat u.a. Harzstraße 6	--	--	--	+/-
Abteilung Unterhalt u.a.	++	++	+	+

Dietrich-B.-Str. 1				
Abteilung Ordnung u.a. Lange Straße 26	++	++	++	++

Die FTZ Schladen wurde aufgrund der besonderen Nutzung nicht in die Tabelle einbezogen.

Mittelfristig sollten Überlegungen angestellt werden, ob anstelle von angemieteten Räumlichkeiten und für bestimmte eigene Liegenschaften der Neubau eines Verwaltungsgebäudes wirtschaftlich sein könnte.

4. Welche Informations- und Leitsysteme zum Thema Barrierefreiheit (a. auch Sinnesbehinderungen wie bspw. Sehschwächen) gibt es, welche Ausbauschritte sind geplant?

In den Liegenschaften sind unterschiedliche Informations- und Leitsysteme vorhanden. Besonders im Hauptverwaltungsgebäude wurden –nach Begehungen mit Vertretern aus Behindertenverbänden- zusätzliche Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehören z.B. Veränderung der Beschilderung des Aufzugs und Beschriftung in Blindenschrift, Ebenenbezeichnungen in größerer Schrift, optische Hervorhebung von Treppenstufen. Weitere Anregungen werden bei Bedarf umgesetzt. Ansonsten setzt die Kreisverwaltung auf das System der aktiven Unterstützung durch die Mitarbeiter/innen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen oder Umbauten werden Verbesserungen der Barrierefreiheit stets berücksichtigt.

5. Wie wird das Thema „leichte Sprache“ für Menschen mit Beeinträchtigung beim Lesen und Verstehen von Informationen, Publikationen und Schriftsätzen sowie auch des Internetauftritts des Landkreises Wolfenbüttel gehandhabt und entwickelt?

Die Verwaltung möchte den Internetauftritt auch für Menschen mit verschiedenen Ansprüchen zugänglich machen. Auf der aktuellen Homepage kann die Schriftgröße über einen Button angepasst werden. Zudem ist eine kontrastreiche Darstellung möglich. Diese Maßnahmen ermöglichen eine bessere Ansicht bei Seh- und Farbschwächen.

Für die neue Homepage des Landkreises sind folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. geplant, um der „Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung - BITV 2.0)“ gerecht zu werden. Bei der Gestaltung und Programmierung wurde darauf geachtet, die Kriterien für ein barrierefreies Webdesign einzuhalten. Um das Lesen am Bildschirm so angenehm wie möglich zu gestalten wurde auf kurze Zeilenlängen, eine ausreichend große Schrift, hohen Farbkontrast und eine geeignete Schrift geachtet.

Für Nutzerinnen und Nutzer mit Sehschwäche wurden die Farben und der Kontrast zwischen den Farben optimiert. Sollten die Seite oder die Schrift zur besseren Lesbarkeit vergrößert werden, wird dadurch das Design der Website nicht beeinträchtigt. Die Ansicht passt sich dem jeweiligen Endgerät (Desktop, Tablet, Smartphone) an (Responsive Design). Für blinde Nutzerinnen und Nutzer bzw. Nutzerinnen und Nutzer mit starker Sehschwäche kann die Seite mit Readspeaker vorgelesen werden.

Weiterhin steht den Redakteurinnen und Redakteure der Homepage steht ein interner Leitfadens zur Bürgernahen Verwaltungssprache zur Verfügung. Dieser liefert Beispiele, wie das „Behörden-Deutsch“ vermieden werden kann.

Leichte Sprache: Die „Leichte Sprache“ wird bisher nicht für die Homepage verwendet. In Zukunft ist geplant Kompetenzen in diesem Bereich aufzubauen und Leichte Sprache auch auf der Homepage umzusetzen.

6. Die Kommunen und der Landkreis Wolfenbüttel sind Hauptgesellschafter der Wolfenbütteler Baugesellschaft. Wie viel Quadratmeter/Mietfläche und wie viele Mieteinheiten/Wohnungen sind barrierefrei vermietet?

Es sind ca. 4300 m² barrierefrei vermietet, verteilt auf 11 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten.

7. Soll das Angebot barrierefreier Mietflächen ausgeweitet werden? Wenn ja: Wie, in welchen Schritten und mit welchem Zeitplan?

Das Angebot soll im Zuge von Neubaumaßnahmen in der kommenden Dekade entsprechend der NBauO erweitert werden.

KAbg. Oesterhelweg nimmt Bezug auf die E-Mail vom 06.02.2017 von Herrn Kumlehn, wo er sich kritisch mit der aktuellen Ausstellung im Bildungszentrum auseinandersetzt. KAbg. Oesterhelweg fragt nach, ob es üblich sei, in der Kreisvolkshochschule Ausstellungen zu zeigen, auch zu politischen Themen, die vorher keiner Überprüfung unterzogen wurden, ob diese mit der Verfassung und den Grundregeln übereinstimmen.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Ausstellung vom DGB veranstaltet werde. Das Bildungszentrum habe die Aufgabe, politische Bildung zu betreiben und Initiativen dazu zu ergreifen. Es gehe um Ausgewogenheit und um Darstellung verschiedener Positionen und nicht um Parteinahme, sondern darum, politische Auseinandersetzung zu ermöglichen.

KAbg. Resch-Hoppstock erklärt dazu, die Ausstellung gemeinsam mit der SPD-Kreistagsfraktion besucht zu haben und die Darstellung von Herrn Kumlehn keinesfalls teilen zu können. KAbg. Resch-Hoppstock legt allen Fraktionen des Kreistages nahe, die Ausstellung zunächst zu besuchen und sich ein eigenes Bild zu machen.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Für die politische Bildungsarbeit des BIZvhs ist das Gebot der „Meinungspluralität“ richtungsweisend, verschiedenste Angebote und Lernformate -auch für kontroverse politische Diskurse- zu bieten, unterschiedliche Auslegungen und Werte sichtbar zu machen und damit die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Hier gibt es Ausstellungen und politische Veranstaltungen von diversen NGOs, Akteuren, Vereinen oder Interessensverbänden, die immer auch ihre eigene kulturell geprägte politische oder gesellschaftliche Auffassung fokussieren. Erst dadurch ergibt sich eine „Gesamtschau“ und ein Bild multipler politischer Positionen, Inhalte und auch diskursiven Anregungen. Eine wertneutrale politische Bildung gibt es nicht. Ebenso wenig kann es eine politische Bildung geben, die die Zustimmung ALLER Mitbürgerinnen und Mitbürger findet und die sich mit ihren individuellen Deutungen und Sichtweisen decken.

Dass eine Ausstellung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V (VVN- BdA) - mit Unterstützung der IGM, ver.di, Landesbezirk Nord sowie der GEW, Landesbezirk Hamburg und ausgezeichnet mit dem Hans-Frankenthal-Preis der Stiftung Auschwitz Komitee – „ aus einer „tendenziösen“ Richtung oder interessensgeleitet angelegt ist und andere historische Fakten ausblendet - dem ist nicht zu widersprechen.

Dennoch ist die Entscheidung diese Ausstellung ins BIZ zu holen „in Ordnung“ und nicht „nachzubessern“ weil:

- *Die Autoren- und Herausgeberschaft klar gekennzeichnet sind, die Verantwortlichkeit beim*

Aussteller liegt, ausgezeichnete Referenzen vorliegen, diese Ausstellung bereits in unzähligen Städten und Rathäusern oder Kirchengemeinden gezeigt wurde und vor allem:

- *keine menschenverachtenden, diskriminierende, rassistische oder andere verfassungswidrige Inhalte darstellt oder die im GG verankerten Menschen- und Freiheitsrechte missachtet werden.*

Die Ausstellung sowie das begleitende „Rahmenprogramm“ luden alle Bürgerinnen und Bürger explizit dazu ein, kritisch zu diskutieren:

Bei der Eröffnung selbst, wie auch während der nachfolgenden themenbezogenen Veranstaltungsreihe an mehreren Abenden waren die Diskussion und der kritische Diskurs geradezu erwünscht. Von vielen Teilnehmenden ist dies auch genauso wahrgenommen und genutzt worden.

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erkundigt sich, ob bekannt sei, dass es im Musikraum der Peter-Räuber-Schule durch die Decke tropfe.

Herr Beddig antwortet, dass sich darum gekümmert werde.

KAbg. Dr. Wolfrum nimmt Bezug auf die Aussage von KAbg. Hensel im Rahmen des TOPs 21 „Asse 2 Begleitgruppe; hier: Benennung von 5 Vertreterinnen und Vertretern des Kreistages für die Begleitgruppe Asse II“ und bittet ihn darzustellen, was er unter demokratischen Parteien verstehe.

KAbg. Hensel weist darauf hin, dass im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes lediglich Anfragen an die Landrätin gestellt werden können.

KAbg. Oesterhelweg fragt nach, wie Landrätin Steinbrügge diese Anfrage von KAbg. Dr. Wolfrum bewerte.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass alle Fraktionen im Kreistag Wolfenbüttel natürlich demokratisch gewählt wurden, ob einem das Ergebnis gefalle oder nicht.

TOP 7 Anträge (§ 4f GO)

TOP 7.1 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion; hier: Pilotprojekt zum Thema Mobilticket Vorlage: XVIII-0056/2016

KAbge. Lagosky und Oesterhelweg erläutern, warum der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er der Anlage zur Vorlage XVIII-0056/2016 zu entnehmen sei, angenommen werden sollte und bittet um Überweisung in die Ausschüsse für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit und Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration.

Landrätin Steinbrügge regt an, den Antrag zunächst auf der nächsten Sitzung des ÖPNV Lenkungskreises am 27.02.2017 zu beraten und diesen im Anschluss in die vorgenannten Fachausschüsse zu geben.

KAbg. Barkhau bringt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNEN, wie er der **Anlage 1** zum hiesigen Protokoll entnommen werden kann, ein und bittet, den Änderungsantrag gleich mit dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion in die vorgenannten Ausschüsse zu überweisen.

Nach kurzer Diskussion werde die Federführung dem Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit übertragen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0056/2016 ergibt, sowie der Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE werden angenommen und zunächst in den ÖPNV Lenkungskreis verwiesen. Im Anschluss soll der Antrag federführend im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit und parallel im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration beraten werden.

**TOP 7.2 Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und GRÜNE;
hier: Änderung der "Betriebssatzung für den Eigenbetrieb BIZ LK
Wolfenbüttel"
Vorlage: XVIII-0057/2016**

KAbg. Hensel erläutert, warum der Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNEN, wie er der Anlage zur Vorlage XVIII-0057/2016 zu entnehmen sei, angenommen werden sollte und bittet um Überweisung in den Verwaltungsrat Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 43 Ja-, 1 Neinstimme und 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0057/2016 ergibt, wird angenommen und in den Verwaltungsrat Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel überwiesen.

**TOP 7.3 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion;
hier: Machbarkeitsberechnung Oberschule am Standort Schladen
Vorlage: XVIII-0074/2017**

KAbg. Hensel erläutert, warum der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er der Anlage zur Vorlage XVIII-0074/2017 zu entnehmen sei, angenommen werden sollte und bittet um Überweisung in den Ausschuss für Schule und Sport.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0074/2017 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Schule und Sport verwiesen.

**TOP 7.4 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion;
hier: Erweiterung des Arbeitsauftrages der Arbeitsgruppe**

Schulentwicklungsplanung

Vorlage: XVIII-0076/2017

KAbg. Hensel erläutert, warum der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er der Anlage zur Vorlage XVIII-0076/2016 zu entnehmen sei, angenommen werden sollte und bittet um Überweisung in den Ausschuss für Schule und Sport und in die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0076/2017 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Schule und Sport und in die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung überwiesen.

TOP 8 **Beschluss über den Haushalt 2017 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel**

Vorlage: XVIII-0043/2016

KAbge. Heid und Hantelmann erläutern die Vorlage XVIII-0043/2016.

KAbg. Försterling bringt den Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion, wie er der **Anlage 2** zum hiesigen Protokoll entnommen werden kann, ein und erklärt, dass eine Kreisvolkshochschule immer Geld koste. Das Defizit des Bildungszentrums sei in den letzten Jahren jedoch stetig angestiegen, welches über einen Zuschuss aus dem Kernhaushalt gedeckt werden müsste und dieser damit entsprechend belastet werde. Die deutliche Defizitsteigerung müsste daher hinterfragt und zugleich begrenzt werden. Aus diesem Grunde werde, neben der Begrenzung des Defizites 2017 auf 2 Mio. Euro, eine externe Organisationsuntersuchung vorgeschlagen, wofür 50.000 € in dem Haushalt 2017 des Bildungszentrums eingeplant werden sollen.

KAbge. Lagosky, Hensel, Hantelmann, Heid, Glier und M. Koch sowie die stellvertr. Landrätin Wagner-Judith und Landrätin Steinbrügge diskutieren über die Punkte des Änderungsantrages. Einigkeit bestehe, dass das Defizit des Bildungszentrums nicht weiter steigen solle und eine nähere Betrachtung mittels einer externen Organisationsuntersuchung befürwortet werde. Nachdem die E.ON Aktien in den Kernhaushalt übertragen wurden, schließe das Bildungszentrum seinen Haushalt mit einem Defizit ab, welches den Kernhaushalt belaste. Auch die Veränderungen zum Haushaltsplan 2017, die sich aufgrund der Neuberechnungen der internen Leistungsverrechnungen sowie der Einführung der Leistungsprämien und –zulagen für Beamtinnen und Beamte ergeben (**Anlage 3** zum hiesigen Protokoll), verringere den Zuschuss aus dem Kernhaushalt nicht maßgeblich. Eine Begrenzung des Defizites alleine, würde das Leistungsangebot und den Arbeitsumfang des Bildungszentrums beeinflussen. Das Bildungszentrum habe über die Jahre viele Aufgaben dazubekommen und in den Sitzungen des Verwaltungsrates über die ansteigenden Kosten informiert. Auch die Musikschule sei in der Vergangenheit betrachtet und die Nutzungsentgelte entsprechend angehoben worden. KAbg. Hensel schlägt vor, zunächst das Gutachten abzuwarten und mit dem Verwaltungsrat und dem Kreistag die Ergebnisse und Möglichkeiten zu diskutieren. Weiterhin dürfe ein Organisationsgutachten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungszentrum nicht über Maß belasten. KAbg. Lagosky unterstützt den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, da die Aufgaben und Ausgaben des Bildungszentrum nicht als gegeben hingenommen werden dürften und beantragt über die Beschlusspunkte des Änderungsantrages getrennt abzustimmen.

Vorsitzender Ganzauer lässt zunächst über die Begrenzung des Defizites auf 2 Mio. Euro abstimmen.

Mit 12 Ja-, 30 Neinstimmen und 4 Stimmenthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über den 2. Beschlusspunkt des Änderungsantrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel unterzieht sich im Jahr 2017 einer externen Organisationsprüfung. Hierzu werden bis zu 50.000 € aus dem Haushalt des Eigenbetriebs zur Verfügung gestellt.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der der Vorlage XVIII-0043/2016 als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017 wird unter Berücksichtigung der Änderungsliste, wie sie der **Anlage 3** zum hiesigen Protokoll entnommen werden kann unter Einstellung von 50.000 € in den Haushalt des Bildungszentrums für eine externe Organisationsprüfung, beschlossen.

**TOP 9 Beratung und Bewilligung der Kulturzuwendungen 2017 des Landkreises unter Mitwirkung von Kultursachverständigen
Vorlage: XVIII-0047/2016**

KAbg. Heid erläutert die Vorlage XVIII-0047/2016.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Auf der Grundlage der Zuwendungsrichtlinie Kulturförderung wird die Zuwendungsvergabe entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0047/2016, lfd. Nr. 1,2,6,7 und 8 zur Kenntnis genommen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Kulturzuwendungen, in Zuständigkeit des Kreistages, werden -wie mit den Sachverständigen auf Basis der Anlage 1 des Protokolls über die 1. Sitzung des Verwaltungsrates des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel beraten-beschlossen.

TOP 10 Besetzung des Ausschusses für Schule und Sport

Vorlage: XVIII-0054/2016

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage XVIII-0054/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag beruft gemäß § 110 Abs. 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der zz. geltenden Fassung folgende Personen in den Ausschuss für Schule und Sport:

Berufsbildende Schulen

Vertreter der Lehrkräfte

Peter Kramer
Im Rübenkamp 5
38304 Wolfenbüttel

Ersatzmitglied:
Harald Wengler-Fried
Burbacher Str. 11
38166 Braunschweig

TOP 11 Vorstellung der Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße sowie Anpassung des Investitionsbedarfes nach Vorliegen der Kostenschätzungen der Objektplaner Vorlage: XVIII-0050/2016

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage XVIII-0050/2016.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Die Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße werden zur Kenntnis genommen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Erhöhung des voraussichtlichen Investitionsbedarfes für die Errichtung eines vierzünftig ausgerichteten Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße von 4.440.000 € auf 5.215.000 € wird zugestimmt. Die notwendigen zusätzlichen Mittel in Höhe von 775.000 € werden in den Haushalt 2018 eingestellt.

TOP 12 Weiterführung des Schulkostenfonds Vorlage: XVIII-0006/2016

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage XVIII-0006/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel zahlt im Jahr 2017 eine Zuwendung in Höhe von 48.800 € in den Schulkostenfonds ein. Entsprechende Haushaltsmittel werden bei Produktkonto 2430000000.4318000 zur Verfügung gestellt.

**TOP 13 Verordnung über das Naturschutzgebiet "Oker- und Eckertal in den Landkreisen Goslar und Wolfenbüttel" (NSG BR 43) - Sicherung Natura 2000-Gebiet
Vorlage: XVIII-0025/2016**

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage XVIII-0025/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Zu der beigefügten Verordnung des Landkreises Goslar zum Naturschutzgebiet „Oker- und Eckertal in den Landkreisen Goslar und Wolfenbüttel“ (Anlagen 1.1 – 1.5 zur Vorlage XVIII-0025/2016) wird das Einvernehmen erteilt.

**TOP 14 Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0044/2016**

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage XVIII- 0044/2016.

Es entsteht eine Diskussion um die Verkürzung der Schonzeit. Während sich die KAbge. Stoppok und Nagel gegen die Verkürzung aussprechen, sehen die KAbge. Bosse, Löhr und Oesterhelweg sowie Landrätin Steinbrügge in der Verkürzung eine Möglichkeit die Wildunfallzahlen zu senken. KAbg. Stoppok beantragt, die Vorlage zurückzustellen bis rechtlich eindeutig geklärt sei, ob § 26 Abs. 2 NJagdG tatsächlich auch für Wildschäden herangezogen werden könne. Die diesbezügliche Antwort, wie sie dem Protokoll des Kreis Ausschusses in seiner 1. Sitzung des XVIII.-gewählten Kreistages entnommen werden könne, sei unbefriedigend. KAbge. Stoppok und Nagel sprechen sich für den Einsatz von sanften Wildwechselmaßnahmen, wie Blaurefektoren und Duftzäune, aus und merken an, dass die Verkürzung der Schonzeit jeglicher Logik entbehre. KAbge. Bosse, Löhr und Oesterhelweg sowie Landrätin Steinbrügge erklären, dass die Verkürzung der Schonzeit von dem Jagdbeirat, der Polizei und der Verkehrswacht als geeignetes Mittel angesehen werde. Die Verkürzung werde zunächst auf drei Jahre befristet. An der Abschussquote ändere sich nichts. Salzgitter und Hildesheim haben mit dieser Maßnahme positive Erfahrungen gemacht, daher sollte sich der Kreistag Wolfenbüttel dieser Möglichkeit zur Reduzierung von Wildunfällen nicht versperren. Andere Maßnahmen, wie Blaurefektoren, werden weiterhin und zusätzlich eingesetzt, insbesondere an Unfallschwerpunkten.

Vorsitzender Ganzauer lässt zunächst über den Antrag auf Zurückstellung der Vorlage von KAbg. Stoppok abstimmen.

Mit 7 Ja- und 39 Neinstimmen wird der Antrag abgelehnt.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über die ursprüngliche Beschlussempfehlung abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 38 Ja-, 6 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die „Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel“, wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage XVIII-0044/2016 ergibt, wird beschlossen.

**TOP 15 Betriebsatzung für den Eigenbetrieb Wirtschaftsbetriebe Landkreis
Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0052/2016/1**

KAbg. Hausmann erläutert die Vorlage XVIII-0052/2016/1.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Entwurf der Neufassung der Betriebsatzung für den Eigenbetrieb Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel, wie sie der Vorlage XVIII-0052/2016/1 entnommen werden kann, wird als Satzung beschlossen.

**TOP 16 Quartalsbericht III/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0046/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0046/2016.

KAbg. Fricke fragt nach, ob ein vorläufiges Jahresergebnis 2016 bereits absehbar sei.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass das ordentliche Ergebnis voraussichtlich einen Fehlbedarf von rund 1 Mio. Euro und das außerordentliche Ergebnis einen Fehlbedarf von 5,5 Mio. Euro ausweisen werde.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht III / 2016 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verschlechtert sich das Ergebnis voraussichtlich um 3.405.753,84 €.

**TOP 17 Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0049/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0049/2016.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der der Vorlage XVIII-0049/2016 als Anlage beigefügte Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel wird mit den Änderungen, wie sie sich aus dem Protokoll über die 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zu entnehmen sind, zur Kenntnis genommen.

**TOP 18 Beschluss über den Gesamtabschluss 2012 des Landkreises
Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0021/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0021/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Gesamtabschluss 2012 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.

**TOP 19 Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen
Vorlage: XVIII-0037/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0037/2016.

KAbg. Pastewsky merkt an, dass eine Erhöhung der Erstattungen an die Kreistagsfraktionen und Gruppen hinsichtlich der aktuellen Haushaltslage nicht angemessen erscheine.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 40 Ja-, 5 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen betragen rückwirkend ab dem 01.11.2016 jährlich 990 Euro pro Fraktions- oder Gruppenmitglied.

Darüber hinaus wird ein jährlicher Sockelbetrag in nachstehender Höhe gewährt:

- 4.950 Euro für Fraktionen und Gruppen mit unter 5 Kreistagsmitgliedern
- 6.600 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 5 bis 9 Kreistagsmitgliedern
- 8.250 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 10 bis 14 Kreistagsmitgliedern
- 9.900 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 15 und mehr Kreistagsmitgliedern

**TOP 20 Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: XVIII-0038/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0038/2016.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei der Überarbeitung der Aufwandsentschädigungssatzung ist in § 11 Inkrafttreten ein Fehler unterlaufen. Nach Absprache sollte die Aufwandsentschädigungssatzung mit Wirkung zum 01.11.2016 – also mit Beginn der XVIII.-Wahlperiode- in Kraft treten. Dieses Datum wurde bei der Überarbeitung leider auf das aktuelle Beschlussdatum geändert. Die Kreisverwaltung bittet den Fehler zu entschuldigen. Die Satzung tritt absprachegemäß rückwirkend zum 01.11.2016 in Kraft. Die Rückrechnung der Aufwandsentschädigung erfolgt mit der Februarabrechnung.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 7 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz, Verdienstausschlag und Reisekosten, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0038/2016 ergibt, wird unter Berücksichtigung der Tischvorlage, wie sie der Anlage 1 zum Protokoll über die 1. Sitzung des Kreisausschusses des XVIII.-gewählten Kreistages entnommen werden kann, beschlossen.

Die Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz, Verdienstausschlag und Reisekosten vom 23. Januar 2012 wird, neben den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 03.12.2001; Drucksache Nr. XV-31 (Kreisausbilder der Freiwilligen Feuerwehren) und vom 07.09.2009; Drucksache Nr. XVI-624/2009 (Mitglieder Katastrophenschutzstab), außer Kraft gesetzt.

**TOP 21 Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0039/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0039/2016.

KAbg. Bosse begrüßt die Einführung eines Warnsystems. Bürgerinnen und Bürger werden nicht nur informiert, sondern rechtzeitig aufgefordert präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Landrätin Steinbrügge informiert darüber, dass sich das Land Niedersachsen dazu entschieden habe, die Warnapp kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Der Landkreis Wolfenbüttel habe bereits alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen, damit die Einführung erfolgen kann.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, im Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel das ergänzende Warnsystem im Katastrophenschutz MoWaS/NINA in Zusammenarbeit mit der Integrierten Leitstelle Braunschweig einzuführen.

**TOP 22 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Salzgitter;
hier: Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit**

Vorlage: XVIII-0041/2016

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0041/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, die „Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit“, wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage XVIII-0041/2016 ergibt, mit der Stadt Salzgitter abzuschließen.

TOP 23 Kooperation Projekt AWO-Praktikumsbörse für jugendliche und erwachsene Migrantinnen und Migranten Vorlage: XVIII-0062/2016

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert die Vorlage XVIII-0062/2016.

KAbge. Nieder, Albinus, Lagosky, Heid, Resch-Hoppstock, Barkhau, Oesterhelweg und Großer sowie die stellvertr. Landrätin Wagner-Judith und Landrätin Steinbrügge sprechen zu der Praktikumsbörse. Grundsätzlich werde das Projekt AWO-Praktikumsbörse befürwortet. Arbeitslosigkeit führe zu Existenzängsten und sozialer Isolation, was einer erfolgreichen Integration entgegenstehe. Die Praktikumsbörse unterstütze und begleite nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch kleine und mittelständische Betriebe. Die Betriebe können es sich in der Regel nicht leisten, auf die Situation der Migrantinnen und Migranten so einzugehen und diese so zu fördern, dass sie in den Betrieben reibungslos arbeiten können. Die Praktikumsbörse werde daher den Übergang begleiten und als Kontaktstelle fungieren. Die Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten helfe nicht nur bei der Integration hier vor Ort, sondern auch, wenn diese –gut ausgebildet- in ihre Heimatländer zurückkehren sollten. KAbge. Nieder und Heid erklären, dass sie von dem Erfolg der Praktikumsbörse nicht überzeugt seien und fordern Kontrollmechanismen. Nur dann könne die Beschlussempfehlung mitgetragen werden. Landrätin Steinbrügge erklärt, dass über den Ablauf und den Erfolg der Börse berichtet werde. Dies sei auch im Interesse der Kreisverwaltung. Die AWO habe sich zum Ziel gesetzt, 10 Praktikumsplätze zu akquirieren Personen. Dieses Ziel sei sehr ambitioniert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel beteiligt sich mit einem Betrag in Höhe von maximal 42.000 Euro im Zeitraum von zwei Jahren an dem Projekt der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Braunschweig e. V. (AWO) „Praktikumsbörse für jugendliche und erwachsene Migrantinnen und Migranten als Grundlage für eine adäquate Berufsfindung“ mit dem Schwerpunkt auf Jugendliche und junge Erwachsene – vorbehaltlich einer gesicherten Gesamtfinanzierung bzw. der bewilligten ESF-Förderung sowie der verbindlich zugesagten Förderung der weiteren kommunalen Partner.

Von Beginn des Projektes an – voraussichtlich April 2017 – werden jeweils für 12 Monate 21.000 Euro bereitgestellt (in 2017: 16.000 €, 2018: 21.000 €, 2019: 5.000 €)

Die Mittel werden entsprechend im Produktkonto 3631100003.4318000 (Übergangsmanagement) veranschlagt.

**TOP 24 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2017- Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für
Haushaltsjahr 2017
Vorlage: XVIII-0036/2016/4**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0036/2016/4.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass nach Berücksichtigung aller Stellenmehrungen und –minderungen, ein Mehrbedarf von 17,61 Stellen zuzüglich 3 Ausbildungsstellen im Stellenplan ausgewiesen werde. Damit weise der Stellenplan statt bisher 440 Stellen rund 457 Stellen aus. Gründe für die beachtliche Zunahme liegen bei der neuen Vergabestelle, die Umsetzung des geänderten Unterhaltsvorschussgesetzes, der Fallzahlerhöhung im Amt für Arbeit und Soziales und der Entfristung von Stellen im Bereich Schulsozialarbeit. Die Personalaufwandsquote liege bei 15,64 % und zeige im Vergleich mit anderen Landkreisen ein angemessenes Verhältnis zwischen den Personalkosten zu den Gesamtaufwendungen. Der Stellenplan sei maßvoll und angemessen, um die umfangreichen Aufgaben der Kreisverwaltung erledigen zu können. Landrätin Steinbrügge richtet ihren Dank an alle Mitarbeiterinnen Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihre professionelle und leistungsorientierte Arbeit.

KAbg. Hensel unterstützt den vorgelegten Stellenplan und merkt an, dass die Herausforderungen der Zukunft nur mit motivierten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigt werden könnten.

KAbg. Fricke erklärt, dass der Stellenmehrbedarf plausibel und nachvollziehbar dargelegt wurde. Jedoch dürfte solch eine beachtliche Zunahme an Stellen nicht jedes Jahr ausgewiesen werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Der als Anlage zur Vorlage Nr. XVIII-0036/2016/4 beigefügte Stellenplan wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen.

**TOP 25 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2017
Vorlage: XVIII-0036/2016**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0036/2016 und weist auf die aktuelle Änderungsliste hin, wie sie der **Anlage 4** des hiesigen Protokolls entnommen werden kann.

Landrätin Steinbrügge sowie die KAbge. Hensel, Lagosky, Fricke, Barkhau, Pastewsky, Försterling und M. Koch sprechen zum Haushalt 2017. Erfreulich sei das positive, wenngleich auch geringe, Haushaltsergebnis. Der Überschuss sei Ergebnis intensiver interner Gespräche und zeige, dass der Landkreis Wolfenbüttel auch im Jahr 2017 zurückhaltend und kommunalfreundlich mit seinen Ressourcen umgehe. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung und die Schuldentilgung müsse im Auge behalten werden. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Landkreise, abgesehen von der Jagdsteuer, keine direkte Einnahmequelle haben. Angesichts des knappen Überschusses und der zu erwartenden Fehlbeträge in der Finanzplanung bis 2020 sehe Landrätin Steinbrügge keinerlei Spielraum für die Senkung der Kreisumlage. Jedoch werden die Gemeinden zum Beispiel durch den Breitbandausbau, die Einrichtung von HotSpots, durch Zuschüsse in Infrastrukturmaßnahmen, durch Personalkostenzuschüsse für Krippen- und Kitapersonal, bei der Wirtschaftsförderung und im

Tourismus unterstützt. Es sei festzustellen, dass die Kreisverwaltung auf die Steigerung der Kosten, insbesondere im Sozialbereich und der Jugendhilfe keinen großen Einfluss habe. Daher müsse insbesondere auf die Bereiche geschaut werden, die der Kreistag beeinflussen können, meint KAbg. Lagosky. Diese Bereiche müssten optimiert werden, wonach der Ansatz der FDP-Kreistagfraktion, im Bildungszentrum eine externe Organisationsuntersuchung durchzuführen, befürwortet werde. KAbg. Försterling merkt dazu an, dass nicht nur der Kreisverwaltung der sparsame Umgang mit Haushaltsmitteln auferlegt werden sollte, sondern auch die Kreispolitik diesen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen und den ambitionierten Sparbemühungen Taten folgen lassen sollte. Die Haushaltslage werde in den kommenden Jahren nicht einfacher. Daher müsste die Zeit von niedrigen Zinsen und starkem Wirtschaftswachstum genutzt werden, um die Schulden der Vorjahre zu tilgen und die langfristige Leistungsfähigkeit zu garantieren. Auch im Jahr 2017 werde weiterhin erheblich in Bildung investiert, denn Investitionen in Bildung seien Investitionen in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen. Insgesamt zeige der Haushalt, dass die Kreisverwaltung die Verantwortung für die Menschen im Landkreis Wolfenbüttel wahrnehme und Zukunft gestalte. Alle Rednerinnen und Redner sprechen ihren Dank gegenüber der Finanzabteilung für die Aufstellung des Haushaltes aus.

KAbg. Hensel bringt im Namen der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE den Änderungsantrag zum Haushalt, wie er der **Anlage 5** zum hiesigen Protokoll entnommen werden kann, ein und bittet, die 15.000 € -gerne auch mit Sperrvermerk- bereits heute in den Haushalt einzustellen.

KAbge. Lagosky, Försterling, Barkhau und Fricke sowie Landrätin Steinbrügge sprechen sich grundsätzlich für die Richtung des Antrages aus. Die Einstellung von 15.000 € in den Haushalt könne jedoch nur ein erster Schritt sein. Der Antrag solle jedoch zunächst in dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration diskutiert werden, um die Unterschiede zwischen „einfacher“ und „leichter“ Sprache zu differenzieren und zu klären, welche Erwartungen an die Kreisverwaltung gestellt werden. KAbg. Fricke merkt an, dass der Sperrvermerk nach Diskussion im Fachausschuss durch den Kreisausschuss aufgehoben werden könnte.

KAbg. Försterling erinnert an die zusätzlichen 50.000 € im Haushalt des Bildungszentrums für die externe Organisationsuntersuchung.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über die Einstellung der 15.000 € mit Sperrvermerk, den 50.000 € im Haushalt des Bildungszentrums, der Änderungsliste und den Haushalt insgesamt abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Der Haushaltsplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2018 bis 2020 werden auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe mit den in der Kreistagssitzung angenommenen Änderungsempfehlungen beschlossen.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017 wird unter Berücksichtigung der vom Kreistag angenommenen Änderungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes beschlossen.

TOP 26 DAWI-Betrauungsakt für die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH Vorlage: XVIII-0048/2016

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0048/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Die Betreuung der Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH entsprechend des als Anlage zur Vorlage XVIII-0048/2016 beigefügten Betrauungsaktes wird beschlossen.
2. Die Vertreterinnen/ die Vertreter der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung werden angewiesen, den Geschäftsführer der WoBau anzuweisen, die mit der Betreuung ausgesprochenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Beachtung der inhaltlichen Maßgaben des Betrauungsaktes zu erfüllen.

**TOP 27 Zuordnung der Nebentätigkeiten der Landrätin Christiana Steinbrügge
Vorlage: XVIII-0063/2016**

Stellvertr. Landrat Schäfer erläutert die Vorlage XVIII-0063/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt fest, dass nachstehende Tätigkeiten zum Hauptamt der Landrätin Christiana Steinbrügge zuzuordnen sind:
 - a. Mitglied des Aufsichtsrates der Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH und BWS Baulandgesellschaft mbH
 - b. Vorstandsmitglied der Till-Eulenspiegel-Museumsstiftung
 - c. Mitglied des Beirates der Stiftung Residenzschloss Braunschweig
 - d. Vorstandsmitglied des Nördliches Harzvorland Tourismusverband e.V.
 - e. Vorsitzende der Stiftung Zukunftsfonds Asse
2. Der Kreistag beschließt die Ausübung nachstehender Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst durch Landrätin Christiana Steinbrügge auf Verlangen des Dienstvorgesetzten gem. § 71 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG)
 - a. Mitglied des Aufsichtsrates der Avacon AG,
 - b. Mitglied des Beirates der LandE GmbH,
 - c. Mitglied des Aufsichtsrates der Allianz für die Region GmbH
 - d. 1. Vorsitzende der Braunschweigischen Landschaft e.V.
3. Der Kreistag nimmt davon Kenntnis, dass Landrätin Christiana Steinbrügge die nachstehenden Ehrenämter wahrnimmt, die gemäß § 70 Abs. 4 NBG als angezeigt gelten:
 - a. Mitglied im Verwaltungsrat der Braunschweigischen Landessparkasse
 - b. Mitglied im Beirat der Braunschweigischen Landessparkasse
 - c. Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

**TOP 28 Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den Kreistag
Vorlage: XVIII-0061/2016**

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage XVIII-0061/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorlage XVIII-0061/2016 aufgeführten Spenden und Zuwendungen werden angenommen.

**TOP 29 Resolution zum "SuedLink"
Vorlage: XVIII-0082/2017**

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage XVIII-0082/2017.

KAbge. Brandes, Löhr, Dr. Wolfrum, Lagosky, Bosse und Oesterhelweg sprechen zu der Resolution. Die Gemeinden Baddeckenstedt und Burgdorf seien bereits ausreichend von dem Vorhaben Wähler-Mecklar betroffen. Die Trassenführung der geplanten HGÜ-Leitung „SuedLink“ sei unverhältnismäßig, sozial unverträglich und bringe dauerhafte Schäden für die Landwirtschaft in der Region. Während die KAbge. Brandes, Löhr, Lagosky, Bosse und Oesterhelweg vollumfänglich die Resolution unterstützen und sich für die Energiewende der Bundesregierung aussprechen, erklärt KAbg. Dr. Wolfrum, dass die AfD-Kreistagsfraktion die Resolution nur mittragen werde, wenn der Satz „Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel unterstützt in vollem Umfang die Energiewende [...]“ aus der Begründung gestrichen werde. Es entsteht eine Diskussion um die Energiepolitik des Bundes und des Landes Niedersachsen. Im Ergebnis werde an dem Satz zur Energiepolitik festgehalten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten, eröffnet die stellvertretende Vorsitzende Großer um 21:45 Uhr erneut die Sitzung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 40 Ja-, 1 Neinstimme und 4 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel lehnt eine Trassenführung der geplanten HGÜ-Leitung „SuedLink“ der Projektträger TenneT und Transnet BW auf Wolfenbütteler Kreisgebiet ab und spricht sich für die der Vorlage XVIII-0082/2017 beigefügten Resolution aus.

**TOP 30 1. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0058/2016**

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert die Vorlage XVIII-0058/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die 1. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0058/2016 ergibt, wird beschlossen.

**TOP 31 1. Änderung zur Geschäftsordnung des XVIII.-gewählten Kreistages
Vorlage: XVIII-0060/2016**

Stellvertr. Landrat Schäfer erläutert die Vorlage XVIII-0060/2016.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Ausschüsse des Kreistages und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Wolfenbüttel, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0060/2016 ergibt, wird unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungen:

- in § 3 Abs. 2; § 5 f); § 6 Abs. 1 und 2; § 9; § 12 Abs. 5; § 15 Abs. 2 sowie § 19 Abs. 2 und 3 wird das Wort Verhandlungen durch das Wort *Beratungen* ersetzt,
- § 7 Abs. 3 S. 1: das Wort „sollen“ wird durch „müssen“ ersetzt und um den Kreisausschuss erweitert „[...] *müssen diese zunächst in einem Ausschuss des Kreistages oder im Kreisausschuss vorberaten werden.*“,
§ 12 Abs. 7: *„Die Redezeit beträgt für die Berichterstatterin/ den Berichterstatter einmalig bis zu fünfzehn Minuten und für jedes weitere Kreistagsmitglied im Rahmen eines Tagesordnungspunktes maximal fünf Minuten; ausgenommen sind Haushaltsdebatten. Zum gleichen Tagesordnungspunkt darf ein Kreistagsmitglied nur zweimal sprechen. Die/ der Vorsitzende kann die Redezeit und die Anzahl der Redebeiträge verlängern. Bei Widerspruch beschließt der Kreistag mit einfacher Mehrheit über die Anzahl und/oder die Verlängerung.“*
- in § 15 Abs. 2, letzter Satz wird die Formulierung: „Die Landrätin/ der Landrat bleibt unberührt“ durch *„Die Landrätin/ der Landrat ist davon ausgenommen“* ersetzt,
- § 19 Abs. 3 S. 2: Die Frist für die Übersendung von Protokollen wird auf *„innerhalb von 10 Arbeitstagen“* abgeändert.

beschlossen.

TOP 32 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

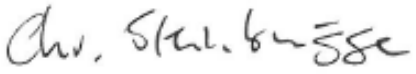
Landrätin Steinbrügge informiert über die geplante öffentliche Fachkonferenz zum Thema Niedrigstrahlung und Gesundheit am 02.03.2017 um 19 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Remlingen und bittet alle Anwesenden sich mit Flyern und Plakaten auszustatten und Werbung für die Veranstaltung zu machen.

TOP 33 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Stellvertr. Vorsitzende Großer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Stellvertr. Vorsitzende Großer schließt die öffentliche Sitzung um 21:45 Uhr.


Vorsitzender Oliver Ganzauer


Landrätin Christiana Steinbrügge


Protokollführerin Julia Eidam

Anlagen:

1. Änderungsantrag von SPD und GRÜNE: Mobilticket
2. Änderungsantrag FDP: Haushalt BIZ
3. Änderungsliste Haushalt BIZ
4. Änderungsliste zum Haushalt, Schreiben vom 03.02.2017
5. Änderungsantrag von SPD und GRÜNE: Einfach Sprache

Vorsitzender

Protokollführer/in